



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Ablehnung des europäischen Fiskalpaktes im Bundesrat

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den europäischen Fiskalpakt im Bundesrat abzulehnen.

Begründung

Der geplante Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (SKS-Vertrag) sieht vor, das strukturelle Defizit aller staatlichen Einheiten, d. h. für die Bundesrepublik für Bund, Länder und Kommunen, auf 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu begrenzen. Die öffentlichen Schulden sollen 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten. Die Umsetzung und Einhaltung der Vorgaben liegt nach Aussage der Bundesregierung in der gemeinsamen Verantwortung von Bund und Ländern. Die Lasten der Finanzkrise sollen durch den Fiskalpakt ohne Vereinbarungen zu einer wirksamen Finanzmarktregulierung und -aufsicht auf die Länder und Kommunen, auf die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler verlagert werden.

Es ist nicht absehbar, was auf Bund und Länder zukommt. Letztlich handelt es sich um einen Eingriff in die Budgethoheit der Parlamente. Die Umsetzung des Fiskalpaktes wäre ein weiterer Schritt zur Entdemokratisierung der Gesellschaft. Die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Griechenland macht deutlich, dass schon die gegenwärtigen Sanktionen nicht zur Konsolidierung des Haushaltes beitragen. Im Gegenteil, die Krise in Griechenland verschärft sich.

Wulf Gallert
Fraktionsvorsitzender

(Ausgegeben am 30.05.2012)